

Ressort: Politik

SPD plant umfangreiche Reform der Minijobs

Berlin, 08.11.2014, 00:00 Uhr

GDN - Die SPD plant nach einem Bericht von "Bild" (Samstag) eine umfassende Reform der Minijobs. Demnach sollen Arbeitgeber künftig vom ersten Euro an die vollen Sozialbeiträge entrichten müssen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete und Sozialexperte Markus Paschke sagte der Zeitung: "Minijobs führen in vielen Fällen in die Altersarmut. Deshalb sollten auch Minijobber den vollständigen Sozialversicherungsschutz genießen. Das bedeutet: Ab dem ersten Euro müssen die vollen Sozialversicherungsbeiträge gezahlt werden." SPD-Fraktionskollegin Gabriele Hiller-Ohm bezeichnete gegenüber "Bild" den Anstieg der 450-Euro-Jobs in den vergangenen Jahren als "besorgniserregend". Ziel der SPD sei eine Arbeitsvertragspflicht für Minijobber "mit den grundlegenden tariflichen Ansprüchen". Die Union lehnt die SPD-Pläne allerdings ab. Der CSU-Bundestagsabgeordnete und Arbeitsmarktexperte Stephan Stracke sagte der Zeitung, es gebe "derzeit keinen akuten gesetzgeberischen Handlungsbedarf" zu einer Reform der Minijobs. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Antje Lezius erklärte, die Minijobs in jetziger Form seien "keine grundsätzlich schlechte Beschäftigungsform". Derzeit gibt es bundesweit rund 6,9 Millionen Beschäftigte in 450-Euro-Jobs.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-44218/spd-plant-umfangreiche-reform-der-minijobs.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619